

Belegexemplar



# Universitätszeitung

TECHNISCHE UNIVERSITÄT DRESDEN - ORGAN DER PARTEILEITUNG DER SED

## Konferenz unserer Frauen

60 Prozent Frauen in der Belegschaft der TU - Anteil der Wissenschaftlerinnen an den Fingern abzählen  
Von der Delegiertenkonferenz des Zentralen Frauenausschusses berichtet

Es war die erste Frauendelegiertenkonferenz, die seit Bestehen des Frauenausschusses an der Technischen Universität am 23. Januar stattfand. Die Tatsache, daß nicht nur Kolleginnen eingeladen und erschienen waren, sondern auch Vertreter der staatlichen Leitung, Partei und Gewerkschaft läßt hoffen, daß die Frauen, die 60 Prozent unserer Belegschaft ausmachen, beachtet und unterstützt werden.

Bei dem Kommuniqué des Politbüros "Die Frau - der Frieden und der Sozialismus" geht es vor allem darum, gleich den Männern so wie den Frauen, deutlich zu machen, daß der Sozialismus auf die schöpferische Mitarbeit der Frauen und Mädchen nicht verzichten kann.

### Die Hauptforderung

Der Frauenausschuss der TU lautet demzufolge: "Die Qualifizierungsmaßnahmen unserer Mitarbeiterinnen sind unter Beachtung des § 126 des Arbeitsgesetzbuches planmäßig und auf lange Sicht zu entwickeln."

Zu diesem Zweck sind im I. Quartal 1962 in Zusammenarbeit zwischen der Kaderabteilung sowie der Abteilung Arbeit die Kolleginnen namentlich festzulegen, die für eine Qualifizierung für mittlere und leitende Funktionen geeignet sind."

### Nichts geschah

Schon im Frauenförderungsplan 1956 steht, daß Perspektivpläne auszuarbeiten sind, um die Frauen systematisch zu fördern. Geschehen ist bisher nichts, und Verwaltungsdirektor Wagner hat sich zu diesem Punkt auf der Delegiertenkonferenz nicht geäußert. Er sagt auch nichts zu der Meinung des Frauenausschusses, daß bei 60 Prozent weiblicher Belegschaftsmittglieder eine Frau als sein Stellvertreter eingesetzt werden sollte.

Da die oben angeführte Forderung nach Qualifizierungsmaßnahmen im Frauenförderungsplan enthalten ist, wird ihre Erfüllung zur Pflicht für alle Verantwortlichen. Der Frauenausschuss hat hier die Funktion eines Kontrollorgans und wird davon auch Gebrauch machen.

### Die "Lupe" schafft es nicht

Eines stellten die Frauen immer wieder fest. Sollte eine führende Stellung



Aufmerksam verfolgen die Frauen unserer TU die Diskussionsbeiträge die auf der Frauenkonferenz gegeben wurden.

von Frauen besetzt werden, so wurden sie besonders "unter die Lupe" genommen, sei es nun wegen ihrer Qualifikation oder ihrer privaten Pflichten. Dabei ließen die Kollegen von Anfang an ihre Zweifel laut werden, ob es die Kollegin auch schafft, anstatt sie zu ermutigen oder gar zunächst einmal Hilfe anzubieten.

### Frauen und wissenschaftlicher Nachwuchs

Ein weiteres Hauptanliegen muß die Werbung für weibliche Nachwuchskräfte

werden. Trotz aller Gesetze und Verordnungen war an der Technischen Universität der Anteil der Frauen in Stellungen der mittleren und höheren Ebene recht bescheiden, ganz abgesehen vom Anteil der Wissenschaftlerinnen an den Lehrstühlen. Die Zahl solcher Frauen ist an den Fingern einer Hand abzuzählen.

Der Grund für den bisher unbefriedigend geringen Anteil der Frauen an wissenschaftlichem Nachwuchs kann aber keinesfalls in der fehlenden Verbindung zum Frauenausschuss gesucht werden. Schätzungsweise ließ man Frauen, die infolge familiärer Schwierigkeiten ihre Qualifizierung abbrachen, ausscheiden, ohne besondere Anstrengungen zu machen, sie zu halten und nach Wegen zu suchen, die ihnen ein Weiterstudium doch ermöglicht hätten. Hätte nicht die von Kollegen Kattner vorgebrachte Zahl von 54 Frauen unter 1057 Assistenten im Prorektorat für den wissenschaftlichen Nachwuchs schon früher zu denken geben sollen? Die jetzt geplante Maßnahme, Aussprachen mit den weiblichen Nachwuchskräften zu führen und bis 31. Mai dieses Jahres für jede Kollegin einen Arbeitsplan aufzustellen, der ihr trotz Belastung als Frau und Mutter einen planmäßigen Abschluß sichert, ist zu begrüßen. Es ist auch stärker als bisher an den Lehrstühlen für das Einstellen weiblicher Kräfte zu sorgen. Dem Argument, daß wegen familiärer Verhältnisse Frauen öfter ausfallen, muß entgegengewirkt werden. Man sollte dafür sorgen, daß diese Ausfälle kollektiv überbrückt werden.

### Arbeit und Persönlichkeit

Es sollte auch der Vorschlag von Frau Professor Dr. rer. nat. habil. Haase auf (Fortsetzung auf Seite 4)

## Pflicht jedes souveränen Staates

Prof. Dr.-Ing. Unger zur allgemeinen Wehrpflicht in der DDR

"Mit dem Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht werden prinzipielle Forderungen des bestehenden Verteidigungsgesetzes verwirklicht. Inmitten der Spannungen in der Welt wird es jeder souveräne Staat als seine Pflicht betrachten, die Grenzen seines Territoriums durch geeignete Schutzmaßnahmen zu sichern. Es ist auf die Dauer auch nicht denkbar, die Beteiligung an den erforderlichen Schutzmaßnahmen lediglich einem Teil des Volkes zuzumuten, der

sich freiwillig dieser Aufgabe zur Verfügung stellt.

Ich persönlich habe volles Verständnis für die Notwendigkeit eines Gesetzes für allgemeine Wehrpflicht und habe dabei die große Hoffnung, daß dieses Gesetz gemäß der Begründung, die es erfahren hat, dazu beitragen wird, den Frieden in der Welt zu erhalten, den unser deutsches Volk so sehnlichst wünscht."

## Professoren sind dafür

Beratung über das studentische Konstruktionsbüro

Von Jahr zu Jahr vertiefen sich die Verbindungen unserer Universität zur sozialistischen Praxis. Dies zeigt sich sowohl in der Lehrtätigkeit als auch bei der direkten Hilfe für die Betriebe. Trotzdem genügt der jetzt erreichte Stand noch nicht. Im Beschluß des 14. Plenums des ZK unserer Partei heißt es: "Die gesamte Arbeit muß auf die Lösung der ökonomischen Aufgaben konzentriert werden, auf die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Es kommt vor allen Dingen darauf an, daß alle Schichten der Bevölkerung in den sozialistischen Aufbau noch stärker einbezogen werden!"

Diese Forderung kann und wird von den besten Studenten konstruktiver Fachrichtungen künftig sowohl bei ihren Belegen (nicht nur Diplomarbeit und großer Beleg) als auch in ihrer

Freizeit erfüllt. Die Unterstützung des Lehrkörpers der entsprechenden Bereiche ist hierfür gesichert. Dies bestätigen die angekündigten und durchgeführten Aussprachen. Unser besonderer Dank für die vielen Hinweise und die angebotene Hilfe gilt den Herren Professoren Berthold, Kienast und Tränkner. Sie ziehen kleine Konstruktionsgruppen an den jeweiligen Instituten einem zentralen Konstruktionsbüro vor.

Inzwischen liegen auch Aufträge aus den verschiedenen Betrieben vor, z. B. VEB Kama, Transformatoren- und Röntgenwerk, Werkzeugmaschinenfabrik Berggießhübel. Aus diesem Grunde kann an den Fachrichtungen Werkzeugmaschinen, Fördertechnik und Verarbeitungsmaschinen die Arbeit beginnen.

Keinesfalls dürfen um des Experimentes willen bestehende und bewährte Verbindungen darunter leiden. Deshalb ist auch zunächst nicht an eine Ausweitung gedacht. Erst müssen ausgereifte Lösungen und Erfahrungen vorliegen. Dann wird in einem größeren Kreis über die gegenwärtig noch bestehenden Probleme gesprochen werden.

In den Wahlversammlungen der FDJ werden die besten Studenten der entsprechenden Gruppen ihre Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit erklären. Große Verantwortung tragen künftig die APO und FDJ-Fachrichtungsleitungen, damit die vorhandene Initiative gefördert und neue zusätzliche Hilfe für unsere sozialistischen Betriebe organisiert wird.

Berthold Kasper

## Freiheit für Gizenga!

Das Präsidium der Sektion Dresden der Union afrikanischer Studenten, Aspiranten und Arbeiter in der DDR faßte folgende Entschlüsse:

"Dr. Gizenga, der treue Erbe des Vermächtnisses Patrice Lumumbas, wurde von den UNO-Behörden der Regierung Adoula ausgeliefert. Sein Leben ist in Gefahr.

Wie Lumumba es wollte, so will auch Gizenga ein freies, gesundes und glückliches Kongo für die Kongolesen schaffen. Er will ein freies Kongo, das freundschaftliche Beziehungen zu allen Völkern pflegt. Die Erreichung dieser Ziele Lumumbas, Gizengas und aller progressiven und nationalen Kräfte in Kongo fürchten die Imperialisten. Sie lassen deshalb durch Tshombe, den Separatisten und Mörder, Mobutu, den Militaristen und Faschisten, Kasavubu, den Intriganten, und Adoula, den ameri-

kanischen Marionette, die Republik Kongo zerreißten und an die Imperialisten verschachern. Gizenga wurde verhaftet, weil er diese schmutzige antinationale Politik energisch bekämpft und damit den Imperialisten und ihren Handlangern im Wege ist.

Gizenga und alle fortschrittlichen Kräfte in Kongo sind ernstlich bedroht, aber der tapfere Kampf des kongolesischen Volkes für seine Freiheit ist unbesiegt und wird trotz allem fortgesetzt werden.

Wir appellieren an alle fortschrittlichen, antimperialistischen Kräfte, den Kampf für die Freilassung Gizengas moralisch und materiell zu unterstützen. Unsere Solidarität muß und kann dazu beitragen, der Adoula-Regierung, hinter der die Imperialisten stehen, die Hände zu binden und die Ermordung der kongolesischen Patrioten zu verhindern!"



Es war ein schöner Anlaß zum Feiern, der 12. Jahrestag der Republik Indiens, am 26. Januar. An unserer Technischen Universität begingen ihn die indischen Aspiranten und Studenten gemeinsam mit Wissenschaftlern, Angestellten und Studenten unserer Universität. Neben den Glückwünschen der staatlichen Leitung unserer Universität, der Parteien und Massenorganisationen, übersandte auch der Minister für Gesundheitswesen, Max Seifin, und der Bezirksfriedensrat seine brüderlichen Grüße. Frontkader Kuratza sagte in seiner warmen Ansprache: "Wir begrüßen die Ausbildung der indischen Aspiranten und Studenten als eine gemeinsame Auf-

gabe, weil wir dadurch der indischen Republik effektiv helfen können." Herr Ramakanth sprach in seinem Referat, in dem er auf die Prinzipien der Außenpolitik Indiens und auf die Pläne zum Aufbau einer blühenden Wirtschaft einging, seinen Dank an die Deutsche Demokratische Republik aus, indem er sagte: "Wir danken der DDR dafür, daß wir in ihrer Mitte studieren können, um als Techniker und Ingenieure in unsere Heimat zurückkehren zu können." Unser Foto zeigt Gratulanten zur Festveranstaltung im Otto-Bredow-Saal.

## Mehr als gewöhnlich tun

"In unserer Zeit kann und darf der Krieg nicht als Mittel zur Lösung internationaler Streitfragen dienen." (Chruschtschow auf dem XXII. Parteitag.) In diesen Worten findet die grundsätzliche Gegnerschaft der Sozialisten zum Krieg unter den Bedingungen unserer Zeit einen prägnanten Ausdruck. Wir wissen, auf der historischen Tagesordnung steht der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Daraus ergeben sich unweigerlich internationale Probleme, Widersprüche und Gegensätze. Die imperialistische Bourgeoisie meint, durch die "Politik der Stärke" zum Ziele zu gelangen. Wir aber sagen: Die Imperialisten können das Rad der Geschichte nicht mehr zurückdrehen. Friedliche Koexistenz ist nötig. Wir müssen die Imperialisten zum Frieden zwingen. Das ist der Standpunkt der Arbeiterklasse.

Wenn man den Klassenstandpunkt fest bezogen hat, dann kann man auch bei der Einführung der Wehrpflicht in der DDR nicht auf eine solche Frage kommen, wie sie der Student Gutsch des 3. Semesters an der Fakultät Elektrotechnik im Gewissensseminar stellte: "Warum schimpfen wir, wenn in Westdeutschland die Wehrpflicht auf 18 Monate gesetzt wird - und jetzt tun wir das gleiche?"

Die beiden deutschen Staaten unterscheiden sich wie Feuer und Wasser, und was sie tun und lassen, das ist dem Sinn und der Bedeutung nach entgegengesetzt. Wie können wir, die wir mit dem Aufbau des Sozialismus den Grundstein für eine glückliche Zukunft der deutschen Nation legen, das gleiche tun wie die Verderber der Nation? Nimmermehr! Einem Gegner im Kampf muß man immer mit adäquaten Mitteln begegnen. Darum beantworten wir die Bonner Wirtschaftsabotage mit dem Produktionsaufgebot, dem Verdammungsurteil über Räte und westdeutschen Fernsehlink mit der ideologischen Offensive. Und den nach dem 13. August noch nicht genügend belehrten westdeutschen Militaristen setzen wir den bestmöglichen militärischen Schutz der DDR gegenüber, eingedenk der Lehre, daß Clays Panzer zurückrollen, weil ihnen der antilastische Schutzwall Halt bot.

Chruschtschow sagte auf dem XXII. Parteitag: "Ein Wind aus Worten setzt keine Mühlen in Bewegung, heißt es im Sprichwort. Mit Gerede vom Frieden kann man die Kriegsmaschinerie der Aggressoren erst recht nicht aufhalten."

Groß ist die Zahl der Zustimmungserklärungen zum Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht. Wissenschaftler, Assistenten, Angestellte und Studenten drückten ihre Befriedigung darüber aus. Was begrüßen sie? Sie erklären ihre Genugtuung, daß die Position der DDR fester geworden ist und wir für das, was wir geschaffen haben, einen soliden Schutz organisieren. Vielleicht überlegen sich in diesem Zusammenhang die Studenten aus der Seminargruppe M 2, 3. Semester Elektrotechnik, noch einmal ihre Worte, mit denen sie zum Ausdruck brachten, daß keiner gerne zum Militär gehe und also eine große Begrüßung nicht zu erwarten sei. Wir sind der Meinung, in dieser Seminargruppe und auch in anderen sollte es sich die FDJ zur Aufgabe stellen, um den Klassenstandpunkt bei jedem Studenten zu ringen und die Fragen bis zu Ende zu klären, was offensichtlich nach dem 13. August noch nicht genügend geschah.

Damit diese Studenten richtig verstehen, was wir mit dem Enthusiasmus für unsere Sache und auch für die militärische Stärkung unserer Republik meinen: Wir reden nicht jenen bürgerlichen Ideologen das Wort, wonach die Deutschen ein von Natur aus leicht fürs Militär zu begeisterndes Volk seien. Was wir meinen, ist das Bewußtsein der nationalen Verantwortung, der freudigen Pflichterfüllung für das Vaterland der Arbeiter und Bauern.

Richtige Schlussfolgerungen haben jene zwei Assistenten und jener Mechaniker aus dem Institut für Fertigungstechnik gezogen, die aus Anlaß des Beschlusses über die allgemeine Wehrpflicht den Antrag stellten, in die Partei der Arbeiterklasse aufgenommen zu werden. Heute kann man nicht mehr im gewöhnlichen Trost marschieren. Man muß mehr als gewöhnlich tun.

Dietel / Griebel